



Lidl und das Kirkeler Wasser: Ökonomisierung des Grundwassers?

Landesregierung muss Pläne transparent machen

Als Reaktion auf Pläne der zu Lidl gehörenden MEG-Gruppe, die Mineralwasser-Förderung in Kirkel um 150.000 Kubikmeter zu erhöhen, fordern die Saar-Grünen von Umweltminister Jost und Wirtschaftsministerin Rehlinger umfassende Transparenz über das Vorhaben. Grünen-Landeschef Markus Tressel warnt vor dem Hintergrund der Klimakrise und der zunehmenden Trockenheit vor nicht absehbaren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Das Gebiet rund um Kirkel sichere die Trinkwasserversorgung weiter Teile des Saarlandes bis nach Saarbrücken und St. Wendel. Die Grünen appellieren an die Landesregierung, einer weiteren Kommerzialisierung von Wasser aus saarländischen Grundwasserkörpern keinen Vorschub zu leisten.

„Die Pläne der MEG-Gruppe, die Mineralwasserförderung in Kirkel für ihre Hausmarke ‚Saskia‘ deutlich zu erhöhen, sind wohl schon vorangeschritten. Weder Umweltminister Jost, noch Wirtschaftsministerin Rehlinger sahen es offenbar bisher als notwendig an, die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Dabei berührt das Vorhaben unmittelbar die Trinkwasserversorgung weiter Teile des Saar-

landes. Zudem liegen die Brunnen am Rande der Kernzone Taubental im Biosphärenreservat Bliesgau. Ich erwarte, dass Jost und Rehlinger jetzt alle Karten offen auf den Tisch legen“, sagt Markus Tressel.

Das Gebiet rund um Kirkel sichere die Trinkwasserversorgung von weiten Teilen des Saarlandes: Von St. Ingbert, Blieskastel, Hom-

burg, Neunkirchen bis nach Saarbrücken und St. Wendel. Werde mehr Grundwasser abgepumpt, könne dies unmittelbare Auswirkungen auf die Wasserversorgung haben. Hinzu kämen Folgen für die Umwelt, sollte der Grundwasserspiegel sinken.

 <https://gruenlink.de/1utf>

Grüne fordern effektive Hilfe für Gastronomie und Hotellerie **3**

Maskenpflicht in Schulen: Neues Regelungswirrwarr statt klarer Ansagen **4**

Polizeidatengesetz: Taktisches Law-and-Order-Schauspiel **5**

Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit endlich umsetzen! **6**

Klima-Check: Saarland kein Vorbild bei Landesgebäuden **7**

Lastenräder: Förderung und Infrastruktur zusammendenken **8**



Grün Express

AUSGABE
12 / 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem relativ ruhigen Sommer sind wir mit der erwarteten zweiten Welle der Corona-Pandemie konfrontiert und nach allem, was wir bisher an den Zahlen ablesen können, wird diese Welle deutlich stärker, als die erste im Frühjahr. Alleine gestern sind im Saarland zum ersten Mal in der Pandemie überhaupt über 300 Neuinfektionen an einem Tag bekannt geworden.

All das stellt unsere Gesellschaft auf eine harte Probe, ökonomisch und sozial. Die Ministerpräsidenten haben deshalb mit der Bundesregierung harte Lockdown-Maßnahmen vereinbart, unter anderem für die Gastronomie und weitere Bereiche. Man kann im Einzelfall tatsächlich unterschiedlicher Meinung sein über die Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Klar ist jedoch, dass wir erneut die Welle an Neuinfektionen brechen müssen um unser Gesundheitswesen vor einer Überlastung zu schützen. Im Moment füllen sich auch im Saarland die Intensivbetten und Prognosen sagen voraus, dass bei einem ungehinderten Anstieg die Kapazitäten an Intensivbetten nicht über die nächsten 30 Tage hinaus ausreichen würden.

Das müssen wir gemeinsam verhindern und deshalb braucht die Gesellschaft jetzt Solidarität in dieser Krise: Wir müssen den Betroffenen der Lockdown-Maßnahmen helfen, dass sie nicht weiter in existenzielle Not geraten und gleichzeitig müssen wir für Akzeptanz der Maßnahmen sorgen. Wichtig ist deshalb auch die demokratische Legitimation der Maßnahmen, die die Regierungen in Bund und Ländern in den kommenden Wochen und Monaten ergreifen müssen. Die Parlamente, von den Kommunen über das Land bis hin zum Bund müssen eng eingebunden werden in die Bekämpfung der Pandemie.

Auch für uns als Partei hat die Pandemie Folgen. Wir haben uns deshalb auch entschieden, in diesem Jahr keinen Parteitag durchzuführen. Eine Veranstaltung mit über 150 Teilnehmern wäre in der gegenwärtigen Lage aus unserer Sicht nicht verantwortbar. Wir werden den Parteitag schnellstmöglich nachholen und konzipieren derzeit ein digitales Format, bei dem zumindest inhaltliche Debatten möglich sind.

Wir wünschen Euch ein schönes Wochenende und bleibt gesund!

Tina Schöpfer *Markus Tressel*

Tina Schöpfer
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar

AKTUELL

Corona und Gastronomie: Tressel gegen pauschale Schließungen

Die saarländischen Grünen haben von Land und Bund einen Schulterchluss für das Überleben von Gastronomie und Hotellerie gefordert. Beide seien wichtige Anker in Städten und Gemeinden. Sie belebten unsere Innenstädte und Ortszentren und seien auch Orte des kulturellen Lebens. Deshalb bräuchten die betroffenen Unternehmen ein Bündel an Maßnahmen. Keine Einzelmaßnahme für sich genommen werde die Branche retten können. Die Debatte um die gasbetriebenen Heizpilze habe gezeigt, dass man die Rettung eines wichtigen Zweiges nicht auf eine Maßnahme reduzieren darf. Die Grünen schlagen in ihrem Papier deshalb unter anderem vor, das Gewerbemietrecht an Pandemiebedingungen anzupassen und die Überbrückungshilfe leichter zugänglich zu machen. Zudem sollten zertifizierte Luftreiniger vom Land gefördert werden.

Tressel dazu: „Wir sollten im achten Monat der Pandemie durchaus auch zu einem differenzierteren Vorgehen in der Lage sein. Wir müssen jetzt endlich auch über existenzsichernde Finanzierungsfragen sprechen. Sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung müssen sich auch angesichts der Wucht der stark steigenden Infektionszahlen zu effektiver finanzieller Hilfe durchringen, was bedeutet, dass Geld auch fließen muss und nicht in Programmen hängenbleibt.“

<https://gruenlink.de/1utj>

 **GRUENESAAR**

 **GRUENESAAR**

 **@GRUENE_SAAR**



**LANDESVERBAND
SAARLAND**



Grüne fordern effektive Hilfe für Gastronomie und Hotellerie

Strukturen in Städten und Gemeinden müssen erhalten bleiben

Die saarländischen Grünen haben von Land und Bund einen Schulterschluss für das Überleben von Gastronomie und Hotellerie gefordert. Beide seien wichtige Anker in Städten und Gemeinden. Sie belebten unsere Innenstädte und Ortszentren und seien auch Orte des kulturellen Lebens. Deshalb bräuchten die betroffenen Unternehmen ein Bündel an Maßnahmen. Keine Einzelmaßnahme für sich genommen werde die Branche retten können. Die Debatte um die gasbetriebenen Heizpilze habe gezeigt, dass man die Rettung eines wichtigen Zweiges nicht auf eine Maßnahme reduzieren darf. Die Grünen schlagen in ihrem Papier deshalb unter anderem vor, das Gewerbemietrecht an Pandemiebedingungen anzupassen und die Überbrückungshilfe leichter zugänglich zu machen. Zudem sollten zertifizierte Luftreiniger vom Land gefördert werden.

Grünen-Landeschef Markus Tressel fordert effektive Hilfe, die den sich weiter verschlechternden Rahmenbedingungen Rechnung tragen muss: „In den letzten Wochen konnte man den Eindruck gewinnen, dass sich die Rettung der Gastronomie auf eine Einzelmaßnahme beschränkt. Wirklich existenzielle Fragen wie das nachteilige Gewerbemietrecht, die finanzielle Förderung von Investitionen, z. B. in Luftfilterung, oder die Verbesserung von Überbrückungshilfen sind über die Heizpilzdebatte völlig aus dem Blick geraten. Deshalb müssen wir endlich auch z.B. über existenzsichernde Finanzierungsfragen

sprechen. Sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung müssen sich auch angesichts der Wucht der stark steigenden Infektionszahlen auch zu effektiver finanzieller Hilfe durchringen, um Strukturen in unseren Innenstädten zu erhalten.“

Die Grünen setzen sich in diesem Zusammenhang auch für ein Existenzgeld für Selbständige ein. Angesichts der dramatischen Situation fordern die Grünen ein Expertengremium bei der Landesregierung, das sich ernsthaft mit Alternativen und umsetzbaren Lösungsvorschlägen für Tourismus, Hotellerie und Gastronomie in

Pandemiezeiten auseinandersetzt, ohne dabei die geltenden Hygienevorschriften zu vernachlässigen. Das Gremium sollte die Landesregierung auch bei der Gestaltung von Förderrichtlinien beraten und so auch für einen besseren Mittelabfluss von Förder- und Stützungsmaßnahmen in die betroffene Branche sorgen.

Das Positionspapier finden Sie hier zum Download:

 <https://gruenlink.de/1uti>



Maskenpflicht in Schulen: Neues Regelungswirrwarr statt klarer Ansagen

Bildungsministerium ignoriert weiter Empfehlungen des RKI

Mit den jetzt getroffenen Regelungen zur Maskenpflicht hat die Landesregierung für weiteres Wirrwarr gesorgt, statt klare und nachvollziehbare Regelungen für das Tragen von Masken an Schulen zu schaffen. Das werfen die Grünen der Bildungsministerin vor. Die offenbar frei gegriffene Begrenzung der Maskenpflicht auf Schüler*innen ab Klassenstufe 10 und für Lehrer*innen lediglich eine „dringende Empfehlung“ sei nicht nachvollziehbar und ignoriere zudem die Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes, das vergangene Woche einen Stufenplan für Corona-Schutzmaßnahmen herausgegeben hatte, der sich an der Inzidenz orientiert und keine Altersunterscheidung zumindest an weiterführenden Schulen macht.

Die Grünen fordern klare und nachvollziehbare Regelungen. Markus Tressel: „Das Robert-Koch-Institut hat in seinen Empfehlungen für Präventionsmaßnahmen nachvollziehbare Vorschläge gemacht, die sich an der Inzidenz orientieren. Über einem Inzidenzwert von 50 empfiehlt das Institut das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes für alle Altersgruppen und zudem eine Verkleinerung der Klassen durch Teilung und Wechselunterricht. Die willkürliche Grenze zum Tragen einer Maske ab Klassenstufe 10 ist deshalb nicht nachvollziehbar, ebenso wenig wie das Ansinnen des Bildungsministeriums, es darüber

hinaus weitgehend bei den bisher schon betriebenen Maßnahmen zu belassen. Warum weigert sich die Landesregierung, die Empfehlungen des RKI ernst zu nehmen?“ Die Grünen fordern neben nachvollziehbaren Regelungen einen grundlegenden Strategiewechsel der Landesregierung. Der bildungspolitische Sprecher der Grünen und ehemalige Bildungsminister Klaus Kessler sagte dazu: „Mit der jetzigen Strategie wird die Ministerin genau das Gegenteil von dem erreichen, was wir alle wollen, nämlich die Schulen bestmöglich offen zu halten. Wir brauchen jetzt Mut zu wirksamen Maßnahmen. Dazu gehört

zusätzliches Personal, um die Klassen zu verkleinern und die größten Personalengpässe zu beseitigen. Und besonders wichtig: Gleichzeitig brauchen wir innovative Konzepte, wie z. B. geteilte Klassen, die sich für unterschiedliche Fächer in Präsenz- und Onlinebeschulung tage- oder wochenweise abwechseln und damit mehr Freiraum in den Schulen schaffen. Auch das hat das RKI empfohlen.“

Die Empfehlungen des RKI finden Sie hier:

<https://gruenlink.de/1utn>

Gesundheit: Grüne fordern Präventionskampagne für Mental Health

Angesichts der steigenden Anzahl an Corona-Fällen im Saarland hat die Landesregierung wieder strengere Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus beschlossen. Damit einher geht für viele Menschen aber auch eine erhebliche psychische Belastung. Die Grünen-Landesvize Jeanne Dillschneider fordert Gesundheitsministerin Monika Bachmann dazu auf, eine präventive Kampagne zur Stärkung der psychischen Gesundheit aufzusetzen.

„Wir dürfen nicht vergessen, dass die Corona-Krise unter anderem Angst vor einer Ansteckung, die Sorge um Angehörige oder vor dem Existenzverlust hervorrufen kann. Dadurch, dass zahlreiche soziale Interaktionen auf Online-Ebene verlegt werden, fallen für viele wichtige menschliche Kontakte weg. Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung kann den Zugang zu Hilfe erreichen und das Thema psychische Gesundheit enttabuisieren. Mental Health sollte von der saarländischen Gesundheits-

ministerin Bachmann bei allen Plänen zur Pandemiebekämpfung berücksichtigt werden.“, so Dillschneider.

Die Grünen schlagen daher vor, eine saarlandweite Kampagne zu starten, die auf Angebote zur Prävention im Bereich psychische Gesundheit aufmerksam macht. Dies könne auch an die Offensive Psychische Gesundheit des Bundesministeriums für Gesundheit des Bundes angelehnt werden. Die Landesregierung sollte weiterhin

online eine Anlaufstelle für psychische Gesundheit während der Corona-Pandemie schaffen, an der Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht werden. Darauf könnten zudem Hinweise und Tipps veröffentlicht werden, die das Angebot auf der offiziellen Corona-Seite der saarländischen Landesregierung ergänzen können.

<https://gruenlink.de/1uto>





Polizeidatengesetz: Taktisches Law-and-Order- Schauspiel

Endlich die echten Probleme der Polizei angehen.

Als Reaktion auf die neuen Befugnisse der saarländischen Polizei, die die CDU-SPD-Koalition gegen den Widerstand aus Zivilgesellschaft und Datenschützern durchgesetzt hat, warnt der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel vor einem schleichenden Akzeptanz- und Vertrauensverlust. Ohne Not gefährdeten CDU und SPD mit den umstrittenen Maßnahmen den gesamtgesellschaftlichen Konsens über eine angemessene Polizeiarbeit, so Tressel. Die Leidtragenden dieser Politik seien am Ende die Bürgerinnen und Bürger aber auch die Polizistinnen und Polizisten. Er fordert stattdessen eine bessere personelle und organisatorische Ausstattung der Polizei und mehr Präventionsarbeit.

Tressel sagt dazu: „Auch hier gilt die Regel: Immer neue Überwachungsbefugnisse schaffen nicht automatisch mehr Sicherheit. Sie schränken aber Bürgerrechte unbescholtener Menschen ein und die geplanten Grundrechtseingriffe stehen in einigen Bereichen nicht im Verhältnis zum voraussichtlichen Fahndungserfolg, wie etwa bei der KFZ-Kennzeichenerfassung. Das demaskiert dieses Gesetz als das, was es in großen Teilen ist, nämlich ein taktisches Law-and-Order-Schauspiel. Mit Gesetzgebungs-Aktionismus will man davon ablenken, dass man die saarländische Polizei personell und organisatorisch jahrelang auf Verschleiß gefahren hat.“

Die Polizei müsse zunächst personell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit kontinuierlich auf hohem

Niveau zu machen. Wer in die Polizei hineinhöre, bekomme regelmäßig widerspiegelt, dass aber vielfach genau hier die Probleme herrührten. Tressel: „Eine GdP-Studie hat im Sommer gezeigt, dass sich drei Viertel der Befragten überlastet fühlen. Die jahrelangen Umgestaltungs- und Ausdünnungsmaßnahmen und immer neue Improvisationen bei der saarländischen Polizei hinterlassen da deutliche Spuren. Statt die Polizei nur noch als Kostenstelle im Haushalt zu begreifen, hätte Innenminister Bouillon die Beschäftigten viel früher mitnehmen und ihre Anliegen hören müssen. Das sind die Baustellen der Polizei und nicht die plakative Einschränkung von Bürgerrechten.“

<https://gruenlink.de/1utp>

Wahlrecht: Handlungsbedarf auch im Saarland

Anlässlich der umstrittenen Bundestags-Wahlrechtsreform und der immer noch nicht gelösten Größen-Frage erinnern die Saar-Grünen an die überfällige Wahlrechtsreform für die Landtags- und Kommunalwahlen im Saarland. Während es im Bundestag lediglich um eine angemessene Parlamentsgröße gehe, gefährde das derzeitige Sitzzuteilungsverfahren im Saarland auf verfassungsrechtlich bedenkliche Weise die Gleichheit der Wahl, so Grünen-Generalsekretärin Meyer-Gluche. Die Grünen-Politikerin fordert CDU und SPD im Landtag auf, das Wahlrecht nach dem Vorbild anderer Bundesländer zu reformieren.

„Bei Landtags- und Kommunalwahlen im Saarland kommt zur Sitzzuteilung bislang das sogenannte Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zum Einsatz. Dieses Verfahren bevorzugt aber die großen Parteien, die nach diesem Verfahren weniger Stimmen benötigen, um einen Sitz im Parlament zu erhalten als kleine Parteien. Das gefährdet die Gleichheit der Wahl und ist auch verfassungsrechtlich problematisch, da es mittlerweile gerechtere Verfahren gibt“, kritisiert Barbara Meyer-Gluche.

Die Grünen-Politikerin fordert eine Wahlrechtsreform im Saarland. Meyer-Gluche: „Viele Landesparlamente haben bereits gehandelt und das Sitzzuteilungsverfahren geändert, um den Stimmen der Wählerinnen und Wähler den nahezu gleichen Erfolgswert beizumessen und somit auch den Wählerwillen bestmöglich im Parlament abzubilden. Mit dem Zählverfahren nach Saint-Laguë/Schepers ist dies durchaus möglich. CDU und SPD müssen endlich handeln, um die Gleichheit der Wahlen zum Landtag und zu den Kommunalparlamenten zu gewährleisten.“ Gesetzentwürfe zu einer Wahlrechtsreform wurden bereits 2011 von der damaligen Landesregierung bzw. 2015 von der damaligen Grünen-Landtagsfraktion in den Landtag eingebracht.

<https://gruenlink.de/1utq>



Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit endlich umsetzen!

Schöpfer: „Wir können wohl nicht noch 101 Jahre warten.“

Vor dem Hintergrund einer Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) nach der es EU-weit noch 84 Jahre dauern würde bis Frauen und Männer gleich verdienen und in Deutschland sogar 101 Jahre, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, fordern die Grünen die Große Koalition in Land und Bund auf, endlich zu handeln.

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Die neuen Berechnungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes sind erschreckend. Es muss nun endlich gehandelt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, ein umfassendes Landesprogramm aufzulegen, das auf der einen Seite Frauen Möglichkeiten in zukunftsreichen Berufen mit besonders guten Verdienstmöglichkeiten aufzeigt, gleichzeitig aber auch dafür sorgt, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen. Über den Bundesrat muss sich die Landesregierung außerdem dafür einsetzen, dass endlich das Prinzip „gleicher

Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ umgesetzt wird. Geschlechtergerechtigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Entgelttransparenzgesetz der Bundesregierung hat keinerlei Verbesserung gebracht. Wir brauchen dringend ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen und zertifizierten Prüfverfahren. Außerdem muss das Verbandsklagerecht umgesetzt werden. Der Wert von Arbeit muss objektiv und angemessen beurteilt werden. Die sozialen Berufe, in denen momentan hauptsächlich Frauen arbeiten und die gerade in der Coronakrise von besonderer Bedeutung sind,

müssen endlich besser bezahlt werden. Die Sozial-, Erziehungs- und Pflegeberufe sind besonders wichtig für unsere Gesellschaft, wie sich jetzt sehr deutlich zeigt. Die Bundesregierung muss endlich in die Pötte kommen und echte Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland voranbringen. Denn Frauen verdienen mehr. Sofort und nicht erst in 101 Jahren.“

Link zur Studie:

<https://gruenlink.de/1utt>



Für LGBTQI-Beauftragte/n im Saarland

Die Saar-Grünen begrüßen den Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit, um die Akzeptanz weiter zu steigern und Diskriminierung noch mehr entgegenzuwirken.

Wichtig sei jetzt, so Grünen-Landeschef Tressel, die erarbeiteten Handlungsfelder auch konsequent umzusetzen. „Der neue Landesaktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit ist ein wichtiger Schritt, um die Akzeptanz zu stärken und alle Formen der Diskriminierung entschieden entgegenzuwirken. Es wurde Zeit, dass auch die saarländische Landesregierung nach dem Vorbild

anderer Bundesländer ressortübergreifend klare Ziele und Maßnahmen formuliert hat“, sagt der Grünen-Politiker und fordert eine LGBTQI-Beauftragte bzw. einen LGBTQI-Beauftragten für das Saarland. Tressel: „Wichtig ist es jetzt, die erarbeiteten Handlungsfelder konsequent und zügig umzusetzen. In diesem Rahmen sollte die interministerielle Arbeitsgruppe, die den Aktions-

plan erarbeitet hat, institutionalisiert werden. Wir brauchen eine LGBTQI-Beauftragte bzw. LGBTQI-Beauftragten mit einer Stabsstelle in der Staatskanzlei, um die Handlungsfelder zentral zu koordinieren.“

<https://gruenlink.de/1utk>





Klima-Check: Saarland kein Vorbild bei Landesgebäuden

Sanierungsprogramm für landeseigene Gebäude gefordert

Anlässlich des kürzlich vorgestellten Klimachecks der Umwelthilfe, bei dem alle saarländischen Ministerialgebäude durchgefallen sind, appellieren die Saar-Grünen an die Landesregierung, ihre Vorbildfunktion beim Klimaschutz wahrzunehmen. Wer die energetische Sanierung im direkten Einflussbereich vernachlässigt, so Grünen-Landeschef Tressel, sei ein schlechtes Vorbild für private Immobilienbesitzer. Die schlechten Ergebnisse des Klimachecks für die Dienstsitze der Ministerien spiegelte die praktische Klimaschutzpolitik der CDU-SPD-Koalition wider. Die öffentliche Hand hätte deutlich früher, auch im Zuge der Klimadebatte der letzten Jahre, ein Sanierungskonzept unter energetischen Gesichtspunkten angehen müssen.

Der Grünen-Politiker fordert ein Sanierungsprogramm für landeseigene Gebäude: „Wer in die Energieeffizienz der landeseigenen Immobilien investiert, profitiert auch mittelfristig finanziell davon. Alle Gebäude sollten nochmal auf den Prüfstand. Jede Kilowattstunde Strom oder Heizenergie weniger, die in landeseigenen Gebäuden verbraucht wird, entlastet die Umwelt genauso wie den Landeshaushalt. Die Landesregierung muss jetzt die entsprechenden Vorleistungen erbringen, die

letztlich auch den Handwerksbetrieben im Saarland zugutekommen. So kann aktiver Klimaschutz zum Konjunkturprogramm für den Mittelstand werden.“ Dabei könnte das Land gleichzeitig, wo noch nicht geschehen, auch Flächen für Photovoltaikanlagen auf Dächern zur Verfügung stellen.

<https://gruenlink.de/1uts>



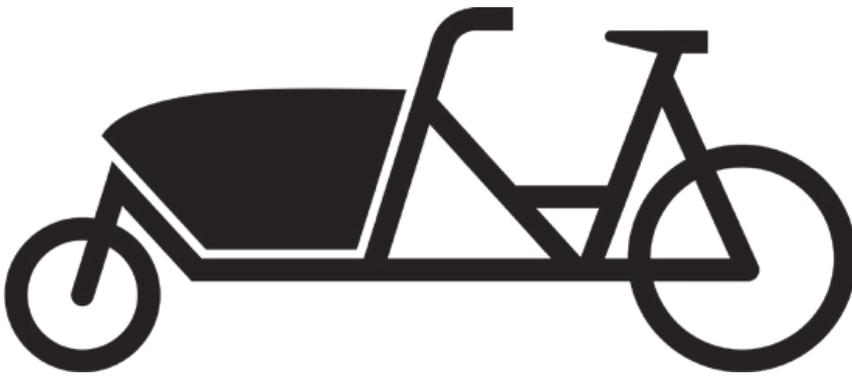
Fernzüge: Saarland profitiert erneut nicht vom Angebotsausbau

Während das ICE-Angebot zum Fahrplanwechsel bundesweit weiter ausgebaut wird, und teilweise sogar auf einen Halbstundentakt verdichtet wird, soll es auch im kommenden Jahr keine Angebotsverbesserungen im Saarland geben. Dies geht aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf Anfrage des saarländischen Bundestagsabgeordneten und Grünen-Landeschefs Markus Tressel hervor. Tressel appelliert an Bund und Bahn, die für das Jahr 2029 angekündigte Fernverkehrsstrategie vorzuziehen. Auch das Saarland müsse vom ICE-Angebotsausbau und den neuen Rahmenbedingungen mit mehr Investitionen so schnell wie möglich profitieren. Verkehrsministerin Rehlinger müsse dies zum Thema im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz machen. Tressel: „Auch das Saarland muss von den veränderten Rahmenbedingungen mit mehr Investitionen und dem Vorhaben, die Reisendenzahl zu verdoppeln, profitieren. Wir können nicht noch ein Jahrzehnt auf bessere Fernverkehrsverbindungen warten. Die neuen Verbindungen müssen so schnell wie möglich aufs Gleis und dann in den Folgejahren weiter konsequent ausgebaut werden.“

Die Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf die Schriftliche Frage von Markus Tressel MdB finden sie hier.

<https://gruenlink.de/1utw>





Lastenräder: Förderung und Infrastruktur zusammendenken

Kurswechsel mit Fahrradgesetz einleiten

Die Saar-Grünen begrüßen die Pläne des Verkehrsministeriums für eine Förderung von Lastenrädern. Dies sei ein verkehrs- und klimapolitisch wichtiger Schritt, so Grünen-Landeschef Tressel. Allerdings müssten Förderung und Infrastruktur zusammengedacht werden, denn beim Radwegebau gebe es weiterhin deutlichen Nachholbedarf. Der Grünen-Politiker fordert die Landesregierung auf, mit einem Fahrradgesetz einen grundlegenden Kurswechsel einzuleiten.

„Während die Bundesregierung über Kaufprämien für Verbrenner nachdenkt, unternimmt die Landesregierung mit der Förderung von Lastenrädern einen sinnvollen Vorstoß zur Förderung umweltschonender Mobilität, die die Verkehrswende voranbringt und einen Schub für den Klimaschutz auslöst. Allerdings müssen Förderung und Infrastruktur zusammengedacht werden. Gerade beim Ausbau der Radwege gibt es enormen Nachholbedarf. Der Radverkehrsplan der Landesregierung, eine ausgearbeitete Radstrategie, verstaubt seit nunmehr neun Jahren in den Ministeriumsschubladen. Von 500 Kilometer neuen Radwegen sind bis heute keine 30 Kilometer umgesetzt“, kritisiert Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Der Grünen-Politiker fordert die Landesregierung auf, mit einem Fahrradgesetz einen grundlegenden Kurswechsel einzuleiten und nicht lediglich auf Einzelmaßnahmen zu setzen. Tressel: „Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Verkehrspolitik mit einem Fahrradgesetz, das die rechtlichen und infrastrukturelle Grundlage für ein lückenloses und qualitativ hochwertiges Radverkehrsnetz schafft, angefangen von Verkehrssicherheitsmaßnahmen, über Qualitätsstandards und Ausbauziele für Radwege bis hin zur Aufstellung von Fahrradboxen. Das Gesetz wäre ein echter Fortschritt und Grundlage für einen attraktiven Radverkehr als echte Alternative zum eigenen Auto.“

<https://gruenlink.de/1utm>

Niedtalbahn: Bahnstrecke nicht weiter nachrangig behandeln

Nach der ernüchternden Haltung der Region Grand Est zur durchgehenden Wiederinbetriebnahme der Niedtalbahn appelliert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef an die Landesregierung, zumindest den deutschen Streckenabschnitt zwischen Niedaltdorf und Dillingen nicht weiter zu vernachlässigen. Der Grünen-Politiker wirft Verkehrsministerin Rehlinger vor, Fernverkehrsreisen durch einen Preisaufschlag von der Niedtalbahn zu verdrängen und kritisiert die unzuverlässige Bedienung der Bahnstrecke, die zu einem schleichenden Attraktivitätsverlust führt.

„Die ablehnende Haltung der Region Grand Est zur durchgehende Bahnverbindung nach Bouzonville ist ein herber Rückschlag. Wichtig ist jetzt weiter dafür zu kämpfen und auch den Güterverkehr mit in den Blick zu nehmen, für den nicht Grand Est zuständig ist. Zugleich darf der deutsche Streckenabschnitt zwischen Dillingen und Niedaltdorf nicht weiter vernachlässigt werden. Man kann den Eindruck gewinnen, die Bahnstrecke soll bewusst unattraktiv gemacht werden, um sie in ein paar Jahren leichter einstellen zu können“, kritisiert Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

<https://gruenlink.de/1utm>



DIGITALER FRAUENKONGRESS

Mit Ricarda Lang und Tina Schöpfer



FRAUEN. MACHT. POLITIK.



Ricarda Lang
stv.
Bundesvorsitzende
Grüne



Tina Schöpfer
Landesvorsitzende
Grüne Saarland

Am Samstag, 14. November, findet von 10:00-16:00 Uhr unser digitaler Frauenkongress statt. Sei dabei und diskutiere mit! Das Programm im Detail und den Link zur Anmeldung bekommst Du in den nächsten Tagen über einen Sondernewsletter.

Geschlechtergerechtigkeit gehört seit jeher zur DNA der Grünen und obwohl schon viel erreicht wurde, bleibt noch viel zu tun. Gerade die aktuelle Corona-Krise offenbart dies sehr deutlich. Wir freuen uns über die Zusage unserer stellv. Bundesvorsitzenden Ricarda Lang, die zu diesem Thema viel zu sagen hat.

Social Media und Öffentlichkeitsarbeit, Satzungsrecht und Frauenstatut, Hate Speech im Internet und Kommunalpolitik stehen ebenfalls auf der Agenda beim Frauenkongress. Hierzu gibt es Workshops mit engagierten Frauen aus unserem Landesverband. Anschließend diskutieren wir mit Euch über feministische Landespolitik und was wir hier im Saarland erreichen wollen. Und zum aktiven Entspannen gibt es in der Mittagspause einen Yoga-Workshop für alle, die mitmachen wollen.

Los geht es mit einem Input von Ricarda Lang.

Sie ist seit November 2019 stellvertretende Bundesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihre Schwerpunktthemen sind Feminismus, Vielfalt und Strategien gegen Rechts. Zuvor war Ricarda Sprecherin der Grünen Jugend und Mitglied im Team für Frauenförderung & Geschlechterstrategie der GRÜNEN JUGEND.

Hier eine kurze Vorschau auf ihren Input:

Unser gesellschaftliches Zusammenleben und unser wirtschaftlicher Wohlstand beruhen darauf, dass Frauen sich kümmern, ob unbezahlt in der eigenen Familie oder unterbezahlt in der Klinik, im Pflegeheim oder der Supermarktkasse. Die Coronakrise zeigt uns einmal mehr deutlich: Wir müssen den notwendigen Umbau der Wirtschaft und des Arbeitslebens so gestalten, dass die Strukturen solidarischer, gerechter und nachhaltiger – sprich widerstandsfähiger – gegen Krisen werden als zuvor. Denn gleichberechtigte Gesellschaften sind nicht nur gerechter, sie sind auch weniger krisenanfällig.

**SEI DABEI UND DISKUTIERE MIT!
SAMSTAG, 14. NOVEMBER, 10-16 UHR**

